Alfred Gusenbauer

Bundeskanzler der Republik Österreich

Der Euro in der erweiterten Union aus österreichischer Sicht

Sehr geehrter Herr Gouverneur!
Sehr geehrte Damen und Herren!
Ich freue mich sehr, heute hier zum Thema „Der Euro in der erweiterten EU“ sprechen zu können. Auch wenn wir zehn Jahre Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) feiern, so gilt es, nicht ausschließlich Vergangenes zu bewerten, sondern auch in die Zukunft zu blicken. Vieles ist gelungen, der Euro funktioniert und hat sich international großartig behauptet. Er ist eine – auch von vormaligen Kritikern – weltweit anerkannte Erfolgsgeschichte, auch dank der hervorragenden Arbeit der Notenbanken und der Europäischen Zentralbank, die im Juni ihr zehnjähriges Bestehen feiert.

Allerdings hat sich auch vieles in diesen zehn Jahren verändert, und dass es keine Währungsunion aus einem Guss gibt, sondern dass sie, um erfolgreich zu sein, Zeit braucht, ist für niemanden etwas Neues.

Wesentlich für die europäische Erfolgsgeschichte ist nicht nur die Vertiefung der Europäischen Union, sondern auch deren Erweiterung. Der 1. Mai 2004 war das historische Datum, an dem die Teilung Europas beendet wurde. Die Wiedervereinigung unseres Kontinents machte eines klar: Stabilität, Wachstum und Wohlstand können langfristig nur garantiert werden, wenn Solidarität und nicht Abgrenzung in den Vordergrund gerückt wird.

Und es ist mir auch wichtig festzuhalten, dass der Euroraum keine geschlossene Gesellschaft ist und sich auch nicht den Anschein geben darf, ein exklusiver Klub zu sein. Denn von Anfang an war es erklärtes Ziel der Gemeinschaft, dass schlussendlich alle Mitgliedstaaten den Euro einführen sollen. Dabei dürfen wir aber nicht vergessen, dass die WWU unter Ausgangsbedingungen entworfen wurde, die den Herausforderungen der 1990er-Jahre entsprachen: relativ hohe Budgetdefizite und Staatsverschuldung sowie Inflationsraten, die über dem heutigen Preisstabilitätsziel lagen. Die Kriterien für den Eintritt in den Euroraum spiegeln diese Herausforderungen wider, und sie wurden – mangels anderer historischer und ökonomischer Erfahrungen – für die Industrieländer Westeuropas konzipiert.

Diese Situation hat sich jedoch geändert. Die Länder, die nun vor einem Beitritt zur WWU stehen, sind dynamische, rasch aufholende Volkswirtschaften und unterscheiden sich damit vom Kern der Gründungsmitglieder des Euroraums. Ausgehend von niedrigeren Niveaus der Wirtschaftsleistung sind sie durch höhere Wachstumsraten gekennzeichnet, welche vor allem auf ein hohes Produktivitätswachstum und eine robuste Binnennachfrage zurückzuführen sind. Nur drei Staaten ist es bisher gelungen, die Eintrittkriterien zu erfüllen: Slowenien, Malta und Zypern.

Unser Nachbar, die Slowakei, hat sich zum Ziel gesetzt, mit 1. Jänner 2009 den Euro einzuführen. Die makroökonomischen Indikatoren zeigen, dass die Slowakei auf einem guten Weg ist. Die abschließende Bewertung der slowakischen wirtschaftlichen Konvergenz obliegt der Europäischen Kommission – auch der EZB. Ich bin zuversichtlich, dass der Europäische Rat im Juni die Aufnahme der Slowakei in den Euroraum beschließen wird.

Ich möchte nun ein paar Überlegungen zur Stärkung der Europäischen Union und der Währungsunion im Besonderen darlegen; die Themen, die ich ansprechen werde, sind:

1. Soziale Dimension der Union
2. Wirtschaftspolitische Koordinierung
3. Wechselkurspolitik
4. Internationale Finanzarchitektur und die Rolle, die die Eurogruppe dabei spielen könnte; und abschließend ein paar Überlegungen zur
5. Finanztransaktionssteuer, deren Einführung ein besonderes Anliegen der österreichischen Bundesregierung ist.

1. Soziale Dimension der Union

In der EU, insbesondere im Euroraum, wird häufig der Mangel an Strukturreformen kritisiert. Tatsache ist aber, dass hier beachtliche Fortschritte erzielt

wurden: Die Steuer- und Sozialleistungssysteme wurden und werden reformiert, um stärkere Anreize für den Verbleib im beziehungsweise Eintritt in den Arbeitsmarkt zu schaffen. Lohnflexibilität wird erhöht und die so genannten „verkrusteten Strukturen" werden am Arbeitsmarkt aufgebrochen. Die Postulate der modernen Arbeitswelt heißen Flexibilisierung und Deregulierung.

Die mit den Reformen verbundenen sozialen Kosten für betroffene Bevölkerungsgruppen bleiben allerdings in der Lissabon-Strategie zu wenig sichtbar. Die Diskussion über eine „Post-Lissabon"-Strategie hat bereits begonnen, und ich bin fest davon überzeugt, dass wir dabei das Europäische Sozialmodell und die soziale Dimension der Integration nicht als fünftes Rad abhandeln sollten, sondern als Reformstrategie, die eine laufende Absenkung der Lohnquoten nicht als unabänderliches Beiwerk der Globalisierung sieht, sondern Rahmenbedingungen setzt, die einzuhalten sind: etwa Mindestlöhne, soziale Mindeststandards oder Einschränkung eines exzessiven Steuerwettbewerbs.

2. Zur wirtschaftspolitischen Koordinierung

Die Koordinierung der Wirtschaftspolitik hat in den letzten Jahren doch erhebliche Fortschritte gemacht – gestärkt durch die Eurogruppe, den Makroökonomischen Dialog und den reformierten Stabilitäts- und Wachstumspakt. Die viel kritisierte Inkonsistenz des Stabilitäts- und Wachstumspakts mit der Lissabon -Strategie haben wir zum Teil beseitigen können. Ich bin aber davon überzeugt, dass dies nicht ausreichend ist.

Es schwächt die Glaubwürdigkeit der Union, dass wir in der Wirtschaftspolitik einerseits über ein undurchsichtiges Netz an Koordinationsverfahren – mit dutzenden Arbeitsgruppen, Gremien und Foren zu den verschiedensten Detailbereichen – verfügen und gleichzeitig keinerlei politischen Willen zeigen, unsere Instrumente der makroökonomischen Koordinierung effektiver zu gestalten.

Wie würden wir etwa handeln, wenn sich abzeichnen würde, dass die Arbeitslosigkeit im Zuge eines konjunkturellen Einbruchs wieder steigt? Soll die Politik auf erforderliche Struk-

turanpassungen, Lohnmäßigungen, automatische Stabilisatoren und die Lissabon-Strategie im Allgemeinen verweisen? Könnten wir dies mit ruhigem Gewissen verantworten?

Ich denke, wenn der globale Konjunkturmotor – diese Rolle wurde in den letzten Jahren wesentlich von den USA eingenommen – ins Stocken gerät, so liegt es an den übrigen Ländern, im Rahmen einer koordinierten Reaktion die Weltkonjunktur zu stimulieren. Geschieht dies nicht, wird der Ausgleich der Leistungsbilanzen durch einen globalen Konjunktureinbruch erzwungen, der die Importausgaben der Defizitländer ebenso vermindert wie die Exporteinnahmen der Überschussländer; die Weltwirtschaft wird destabilisiert.

Im Rahmen eines Ausblicks auf die nächsten zehn Jahre kann ich nicht umhin, hier ein Umdenken einzufordern. Der Euroraum muss in Zukunft in der Lage sein, auf Krisen wirksamer zu reagieren. Dabei wird es sicherlich notwendig sein, überkommene Dogmen im Interesse nachhaltigen Wachstums und dauerhaft hoher Beschäftigung über Bord zu werfen.

3. Wechselkurspolitik

Eine weitere Herausforderung, der wir uns stellen müssen, ist der aktuelle Euro-Wechselkurs. Zuletzt ging die Euroaufwertung mit einer dynamischen Weltnachfrage einher, diese kühlt sich nun ab – der Euro wertet jedoch weiter auf. Das trifft die Wirtschaft am kritischen Punkt. Bereits im März haben die europäischen Staats- und Regierungschefs im Rahmen des Frühjahrsgipfels ihre Besorgnis über zu hohe Wechselkursbewegungen zum Ausdruck gebracht und deutlich festgestellt, dass übermäßige Volatilität und ungeordnete Wechselkursschwankungen für das Wirtschaftswachstum nicht wünschenswert sind.

Daher kann ich mich nur der Aussage des Präsidenten der Eurogruppe, Ministerpräsident Jean-Claude Juncker anschließen, dass es nicht nur die Aufgabe der Zentralbank sei, die Wechselkurse zu beobachten. Ich glaube, wir brauchen letztendlich eine multilaterale Wechselkurspolitik, die unkontrollierten Wechselkursschwankungen entgegenwirkt.

4. Internationale Finanzarchitektur und die Rolle der Eurogruppe

Mit der Einführung des Euro vor zehn Jahren war auch die Erwartung verbunden, eine aktivere Rolle in internationalen wirtschafts- und währungspolitischen Angelegenheiten zu spielen sowie in Zukunft international mit einer Stimme zu sprechen.

Gerade im Vorfeld der Frühjahrstagung des Internationalen Währungsfonds ist eine langjährige österreichische Forderung wieder zur Sprache gekommen: die Forderung nach einer gemeinsamen Außenvertretung, einem Sitz der Eurogruppe in internationalen Finanzinstitutionen, insbesondere im Internationalen Währungsfonds. Eine verbesserte Außenvertretung der Eurogruppe würde dem Euroraum jenes wirtschaftspolitische Gewicht geben, das ihm aufgrund seiner wirtschaftlichen Größe zusteht.

Auch die Finanzmarktturbulenzen haben den Stellenwert der Eurogruppe in der internationalen Finanzwelt auf bezeichnende Weise veranschaulicht. Obwohl der Euroraum von der Finanzkrise betroffen ist, brachte die Eurogruppe nicht die notwendige Geschlossenheit auf, gemeinsame Interessen zu formulieren und durchzusetzen. Das schwächt das Außenbild des Euro als internationale Großwährung, hinter

der die Wirtschaftskraft von mittlerweile 15 Ländern steht.

Es gibt nun Gewissheit darüber, dass sich die USA am Rande einer Rezession befinden, ausgelöst durch eine Finanzkrise, die die tiefgreifendste seit Jahrzehnten – wenn nicht sogar seit den 1930er- Jahren – zu sein scheint. Auch der Euroraum wird – mit der üblichen Zeitverzögerung – davon betroffen sein.

Mit dem Euro als Weltwährung müssen wir Interesse daran haben, dass wir Verbindlichkeit in die bestehenden, überwiegend freiwilligen globalen Mechanismen bringen. Bei den derzeit diskutierten Reformvorschlägen zur Finanz-

marktregulierung dominieren wieder Selbstregulierung, Marktdisziplin sowie das Vertrauen in von den Finanzmarktakteuren selbst definierten Prinzipien. Diese Maßnahmen sind wichtig, aber sie reichen nicht aus.

Ich möchte daher folgende These in den Raum stellen: Wir brauchen eine wesentlich stärkere internationale Finanzarchitektur. Über kurz oder lang müssen wir dem globalen Finanzsystem eine mit rechtlich verbindlichen Möglichkeiten versehene Weltfinanzorganisation gegenüberstellen. Es ist nicht notwendig, eine neue Institution zu schaffen. Es wäre möglich, die Bretton-Woods-Institutionen mit dem Setzen von Regulierungsstandards und der Koordinierung der globalen Aufsicht zu betrauen. Der Internationale Währungsfonds verfügt bereits jetzt über wesentliche Kompetenzen in diesem Bereich.

Konzeptionell wäre eine Weltfinanzorganisation vergleichbar mit der 1995 gegründeten Welthandelsorganisation WTO, der Nachfolgeorganisation des GATT (General Agreement on Tarifs and Trade), deren Mitgliedländer völkerrechtlich verbindlichen Regeln für den Handel unterliegen. Die Weltfinanzorganisation soll und kann nicht die Aufsicht durch bestehende Institutionen ersetzen, ihre Aufgabe bestünde vielmehr darin, internationale Standards für die Finanzmarktregulierung und Finanzmarktaufsicht zu formulieren und deren Durchsetzung zu überwachen. Sie sollte auch damit betraut werden, Bedingungen für eine höhere Transparenz, z. B. durch die Einrichtung eines internationalen Kreditregisters zu schaffen sowie bessere Frühwarnsysteme und Instrumente für das Krisenmanagement zu entwickeln.

Letztlich sollen die Staaten künftig im Wettlauf um Finanzvermögen nicht gezwungen sein, die Regulierung der Finanzmärkte auf Kosten der Allgemeinheit und der Steuerzahler sukzessive zu lockern oder überhaupt nicht zu regulieren, wie das zum Beispiel bei Hedge Fonds der Fall ist. Die regulatorische Arbitrage, die wir in den letzten Jahren und Jahrzehnten vor allem bei der Regulierung außerhalb des Bankensektors beobachtet haben, ist auch ein Teil des heutigen Problems. Allein aus Gründen der Wettbewerbsgleichheit müssen alle Teile des Finanzmarkts durch angemessene Regulierung erfasst

werden. Nur Banken zu regulieren, während das Kreditrisiko bei unregulierten Hedge Fonds landet oder von unregulierten Ratingagenturen bewertet wird, ist fahrlässig. Spätestens in diesen Tagen ist es bittere Gewissheit, dass ein liberalisierter Kapitalverkehr und ein globales Finanzsystem erst dann ihren vollen Nutzen entfalten können, wenn in allen Ländern sanktionierbare regulatorische Mindeststandards gelten.

5. Finanztransaktionssteuer

Die österreichische Bundesregierung spricht sich in ihrer Stellungnahme an die Europäische Kommission zur Überprüfung des EU Haushalts ab 2014 für eine Finanztransaktionssteuer aus. Bereits mit einer minimalen Transaktionssteuer, beispielsweise von 0,01 %, kann man ein beachtliches Steueraufkommen erzielen, ohne die Allokationseffizienz der Finanzmärkte zu beeinträchtigen. Wer durch traditionelle Arbeit sein Geld verdient, Arbeitnehmer ebenso wie Unternehmer, tut sich schwer, die steuerliche Sonderstellung des schnellen Geldes zu verstehen.

Die steuerliche Behandlung der Finanztransaktionen – keine Umsatzsteuer, nationale Transaktionssteuern oder Gebühren wurden in der EU zurückgefahren – muss neu überdacht werden. Die Bevorzugung des schnellen Geldes zulasten des in der Realwirtschaft erarbeiteten Einkommens ist auch unfair, wenn einerseits in guten Zeiten mit Fundamentaldaten nicht mehr zu erklärende Wertsteigerungen auf den Finanzmärkten erzielt werden, und anderseits in schlechten Zeiten eine Sozialisierung von Verlusten stattfindet, sei es durch die Steuerzahler, oder in Form von Wachstums- und Beschäftigungsverlusten in der Realwirtschaft.

Ich habe hier die Gelegenheit genutzt, meine Überlegungen zu einer langfristig erfolgreichen Wirtschafts- und Währungsunion darzulegen. Zu deren Umsetzung ist sicher eine neue Orientierung auf europäischer aber auch auf nationaler Ebene notwendig. Und sagte nicht schon Aldous Huxley: *„Tatsachen schafft man nicht dadurch aus der Welt, dass man sie ignoriert.“* Und Tatsache ist, dass von uns Politikern mehr denn je sowohl mutige Visionen als auch konkrete Konzepte gefordert sind, die die Menschen ansprechen. Ebenso sind klare Bekenntnisse zum europäischen Miteinander gefordert. Denn wie kann man von den Bürgern der Union erwarten, von einem politischen Projekt begeistert zu sein, wenn den Regierenden selbst die Euphorie fehlt. Jedes Jubiläum bleibt bedeutungslos, wenn keiner die Gründe kennt oder versteht, die man feiert. Deshalb ist ein neues Selbstbewusstsein erforderlich, Schritte zu setzen, die unser Europa stärken und spürbarer machen.

Ich möchte daher mit einer Ausführung von Navid Kermani schließen, der zu Europas Realisten Folgendes angemerkt hat: *„Den Gegensatz zwischen den Schwärmern, welche die Universalität der europäischen Idee beschwören, und den Pragmatikern, welche national Partikularinteressen über allgemeine Werte stellen, hat es gegeben, seit Europa in seiner heutigen Verfasstheit zum ersten Mal angedacht worden ist. Und das Erstaunliche ist: Recht behalten haben nicht die Pragmatiker, sondern die Schwärmer.“*